

**An den
Direktor der
Landwirtschaftskammer**

**als Landesbeauftragten
über den Geschäftsführer**

**als Landesbeauftragten
im Kreise**

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

Betr.: Erstmalige Niederlassung eines Junglandwirts in einem landwirtschaftl. Betrieb

Bezug: Runderlaß des Ministers für Umwelt, Raumordnung u. Landwirtschaft vom 17.4. 1986

1 Antragsteller		
Name, Bezeichnung:		
Anschrift:	Straße/PLZ/Ort	
Geburtsdatum:	Berufsausbildung:	
Bankverbindung:	Konto Nr.	Bankleitzahl
	Bezeichnung des Kreditinstitutes	
Gemeindekennziffer:		

2 Erklärungen des Antragstellers*)

2.1 Ich bin Landwirt im Hauptberuf.

**2.2 Ich habe mich zum erstenmal in einem landwirtschaftlichen Betrieb niedergelassen,
und zwar am 19..... durch eine Betriebsübernahme als Eigentümer
oder
mittels eines Pachtvertrages über eine Pachtdauer von Jahren
vom 19.....**

D

**2.3 Ich bin selbstwirtschaftender landw. Unternehmer im Sinne des § 1 Abs. 3 und 3 a des Gesetzes über eine
Altershilfe für Landwirte oder des § 2 Abs. 1 Nr. 1 und Absätze 2 und 3 des zweiten Gesetzes über die
Krankenversicherung der Landwirte**

als Alleinunternehmer

als Mitunternehmer nur mit meinem Ehegatten

als Mitunternehmer mit dem/den Junglandwirt(en)
(Name)

D

2.4 Ich habe die Abschlußprüfung in einem Agrarberuf **bestanden und eine landwirtschaftliche **Fachschule** mit
Erfolg abgeschlossen**

**ja/
nein*)**

Falls „nein“

Ich habe folgende gleichwertige Berufsbildung:

2.5 Der Betrieb erfordert einen **Arbeitsumfang für **mindestens** eine Vollarbeitskraft**

***) Zutreffendes ankreuzen
) Nichtzutreffendes streichen

7861

- 2.6 Ich werde innerhalb von fünf Jahren nach der Antragstellung betriebliche Investitionen mit Gesamtkosten von mindestens 35000 DM durchführen. D
- 2.7 Der Betrieb wird nach § 13 Abs. 1 Einkommensteuergesetz (EStG) der Land- und Forstwirtschaft zugerechnet. D
- 2.8 Mein Betrieb hat gemäß Einheitswertbescheid einen Wirtschaftswert von DM
- 2.9 Ich bin Pächter des landwirtschaftlichen Betriebes und werde die Investitionsmaßnahmen auf eigene Rechnung durchführen. D
- 3 - Ich erkläre ferner:
- 3.1 Die in diesem Antrag (einschl. Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig. Mir ist bekannt, daß
- 3.2 die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (SGV. NW. 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für eine Zuschußgewährung dient und daß eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind.
- 3.3 alle Angaben dieses Antrages, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig sind, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch (Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität [1. WiKG]) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz), vom 24. März 1977 (SGV. NW. 74) sind,
- 3.4 ein Zuwendungsbescheid erst dann erteilt werden kann, wenn die Nachweise über die Einhaltung des Gütlebeurteilungsschemas und die durchgeführten Investitionsmaßnahmen erbracht sind.
- 3.5 die Zuwendung zurückgefordert wird, wenn ich (wir)
- 3.5.1 den Betrieb innerhalb von drei Jahren nach Erteilung des Zuwendungsbescheides nicht mehr im Haupterbewerb (Nr. 3.4 der Richtlinien) bewirtschaften(n) und/oder
- 3.5.2 den Betrieb innerhalb von fünf Jahren nach Erteilung des Zuwendungsbescheids nicht mehr als Alleinunternehmer oder Mitunternehmer nur mit dem Ehegatten oder einem bzw. mehreren anderen Junglandwirten bewirtschaften(n).
- 3.6 Die Zuwendung kann auch nach Ablauf der in den Nrn. 3.5.1 und 3.5.2 genannten Zeitabschnitte bis zu 10 Jahren nach Erteilung des Zuwendungsbescheides ganz oder teilweise zurückgefordert werden, wenn von mir (uns) der Eintritt in den Nrn. 3.5.1 und 3.5.2 genannten Tatbestände zu vertreten ist.

4 Verpflichtung

Ich/wir verpflichte(n) mich (uns), Änderungen, die zu einer Rückforderung der Zuwendung führen bzw. führen können, der Bewilligungsbehörde rechtzeitig schriftlich mitzuteilen.

5 Anlagen

- Nachweis über die erstmalige Niederlassung
- Nachweis über die berufliche Qualifikation

(Ort, Datum)

(Unterschrift des Antragstellers)